



**DIE ROSA LUXEMBURG STIFTUNG IN  
OSTEUROPA**

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**



## **DIE ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN OSTEUROPA**

Die der Partei DIE LINKE nahe stehende Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) unterstützt im Rahmen der politischen Bildung in Osteuropa Projekte,

- die Jugendlichen Möglichkeiten für politisches Engagement und Interessenvertretung eröffnen,
- die sich für soziale Gerechtigkeit und die Stärkung der Rechte von abhängig Beschäftigten einsetzen,
- die Gleichberechtigung von Frauen im öffentlichen wie im privaten Leben fördern,
- die Ausgrenzung und Diskriminierung von gesellschaftlichen Minderheiten überwinden wollen,

- die Alternativen zu einer auf das Militärische fixierten Sicherheitspolitik entwickeln wollen,
- die sich kritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzen und zur Formulierung einer zeitgemäßen linken Politik beitragen.

Wir arbeiten vor allem mit Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen, sozialen Bewegungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Parteien der demokratischen Linken zusammen. Betreut werden die Projekte im Ausland durch das Referat Ost-, Mittel- und Südosteuropa der Stiftung in Berlin. Außerdem konnten in den letzten Jahren Auslandsbüros aufgebaut werden, und zwar in Moskau (Russland), Warschau (Polen) und Belgrad (Serbien).

## OSTEUROPA

Das Europa des 20. Jahrhunderts sah ganze Imperien zerfallen, neue Staaten entstehen oder frühere wieder aufleben, während andere unter fremde Besatzung gerieten. Zwei verheerende Weltkriege verwüsteten große Gebiete des Kontinents und kosteten viele Millionen Menschenleben. Grenzänderungen schufen plötzlich neue nationale Minderheiten und führten oft zu Konflikten. Gewachsene wirtschaftliche Bande wurden abgeschnitten, neue etabliert. Europa sah nicht nur den Wechsel demokratisch gewählter Regierungen, sondern auch oft autoritäre Regimes und Diktaturen.

Auch im östlichen Teil des Kontinents haben die Menschen dies erfahren müssen. Osteuropa? Eigentlich ist dies eine (nicht nur geografisch) unzulässige Verkürzung für die Länder dieser Region, für die nach dem Zweiten Weltkrieg fast ein halbes Jahrhundert lang der Begriff „Ostblock“ synonym war – geprägt durch ähnliche politische und wirtschaftliche Strukturen sowie äußere Abhängigkeiten von der Führungsmacht Sowjetunion. Diese Vergangenheit ist ihnen heute gemeinsam, wie auch der tiefe gesellschaftliche Einschnitt, den der Sturz der Einparteienherrschaft bedeutete, sowie die damit einhergehende wirtschaftliche und politische Transformation. Verschiedene Varianten der liberalen Marktwirtschaft wurden hier ausprobiert, die teilweise schmerzhaft soziale Probleme mit sich brachten. Zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch des alten Systems wächst das Bedürfnis nach einer kritischen Reflexion dieser Erfahrung. Viele Menschen suchen verstärkt nach Alternativen zur bisherigen Wirtschaftspolitik, setzen sich für eine sozial gerechtere Welt ein und wollen tragfähige Visionen für eine Gesellschaftsordnung formulieren, in der Sozialismus untrennbar mit Demokratie verbunden ist. Gerade die Osteuropäer haben eine Chance, aus dem gescheiterten autoritären Gesellschaftsmodell vor 1989 die Lehren zu ziehen.

Politische Bildung findet hier in einer Region statt, die in vieler Hinsicht kaum «bunter» sein kann: von Polen bis Tadschikistan, von Estland bis Bosnien und Herzegowina.



Diese Länder sind stark geprägt von ihrer nationalen Geschichte und Kultur. Religionen haben auch heute (wieder) einen großen Einfluss. Die Länder sind Mitglieder der Europäischen Union oder Teil der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten oder gehören weder der einen noch der anderen Struktur an. Die politischen Eliten haben mitunter sehr unterschiedliche Vorstellungen von Bürgerrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die einen sind Exporteure von Hochtechnologien, bei anderen bilden ihre Rohstoffvorkommen die Wirtschaftsbasis. Hier gestaltet sich das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten problemfrei, dort gibt es erhebliche Konflikte. Sie erinnern sich im Prozess der Identitätsfindung «vergessener» Seiten ihrer Geschichte, die andere wiederum anders in Erinnerung haben, und allzu oft wird Geschichte auch politisch instrumentalisiert. So unterschiedlich die Entwicklungswege, so differenziert ist die Praxis unserer Tätigkeit in diesen Ländern. Aber wir sehen uns auch mit vielen ähnlichen Fragen konfrontiert, die auf Antworten warten.

Dafür werden starke und kompetente zivilgesellschaftliche Organisationen mit internationaler Vernetzung gebraucht. Die RLS will Räume für den kritischen Diskurs bieten, den Dialog fördern, unser Wissen und unsere Erfahrungen vermitteln und zugleich von unseren Partnern lernen, mit denen wir die Projektideen gemeinsam erarbeiten.

## IN DEN POSTSOWJETISCHEN LÄNDERN

stehen wissenschaftliche und Bildungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft im Mittelpunkt der Aktivitäten der RLS. Das im Mai 2003 eröffnete Regionalbüro in Moskau koordiniert Projekte in der Russischen Föderation sowie in Zentralasien und der Kaukasus-Region. Aktivitäten in der Ukraine und der Republik Moldova werden von der Stiftungszentrale in Berlin aus begleitet.

Als Nachfolgestaaten der UDSSR in besonderer Weise von sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Destabilisierung betroffen, befinden sich die postsowjetischen Länder auf der Suche nach tragfähigen Alternativen.

Hauptarena zivilgesellschaftlichen Engagements in der Region ist der urbane Raum, da hier die wesentlichen Auseinandersetzungen um die künftigen Formen gesellschaftlicher Entwicklung stattfinden. Konstruktive Bedingungen für solche Auseinandersetzungen – umfassende gesellschaftliche Transparenz, bürgerschaftliches Engagement und ökologische Nachhaltigkeit – bestehen jedoch höchstens in Ansätzen. Doch nur unter diesen Bedingungen können zentrale Herausforderungen wie gesellschaftliche Integration und Probleme wie die latente Retraditionalisierung urbaner Lebensräume angegangen werden.

Als junge Staatengebilde verfügen die Länder der Region weder über ausgeformte politische noch gefestigte wirt-



schaftliche Strukturen. Die anhaltende Volatilität gesellschaftlicher Entwicklung macht auch vor der Linken nicht halt: Während traditionell als links geltende Kräfte an Bedeutung verlieren, gelingt es neu entstehenden linken Bewegungen aufgrund starker organisatorischer und inhaltlicher Fragmentierung nicht, relevante gesellschaftliche Wirkung zu entfalten. Gleichzeitig verstärken sich Formen hochgradig emotionalisierten nichtpolitischen Protests, auf die die gängige Politik bislang keine Antwort gefunden hat.

Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt in der Russischen Föderation. Fast 30 Millionen Menschen gelten hier offiziell als arm, und die Einkommensschere geht immer weiter auseinander. Die starke Fixierung auf den Export von Rohstoffen behindert einen grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Umbau der Gesellschaft. Die Verengung öffentlicher städtischer Räume hat mittlerweile dramatische Ausmaße angenommen. Die Zersiedlung des städtischen Umfelds schreitet zügig voran, die massenhafte Umwidmung landwirtschaftlicher Nutzfläche in Bauland ist gängige Praxis. Besonders schlecht steht es um mittlere und kleine Städte, während die Metropolen durch Zuwanderung und Arbeitsmigration vor neue Herausforderungen gestellt werden. Allein in Moskau leben schätzungsweise 700.000 illegal Zugewanderte unter schwierigsten bis unmenschlichen Bedingungen. Die Sehnsucht der Gesellschaft nach einer neuen «nationalen Idee» geht einher mit der verbreiteten Auffassung, die zeitweise starke außenpolitische Fokussierung auf den Westen habe die internationale Stellung des Landes beeinträchtigt. Eine Alternative wird in der be-

schleunigten Entwicklung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Beziehungen zu führenden nicht-westlichen Staaten wie China, Indien oder Brasilien gesehen.

Die politische Dynamik wird sehr stark durch Einzelpersonen, insbesondere den Präsidenten und den Ministerpräsidenten, bestimmt, während die parlamentarische Opposition ohne wirklichen Einfluss und die außerparlamentarische Opposition in hohem Maße zerstritten bleibt. Trotz gewisser Erfolge bleibt auch Russlands NGO-Szene zersplittert und gesellschaftlich umstritten. Verbreitet ist die Ansicht, deren Tätigkeit habe wenig mit den tatsächlichen Problemen im Land zu tun. Bei den Herrschenden stoßen allzu regierungskritische Organisationen, die sich ausschließlich mit bestimmten politischen oder Umweltschutzthemen beschäftigen, auf Misstrauen, werden aber mitunter dennoch staatlich gefördert. Bei NGOs allerdings, die hauptsächlich vom Ausland finanziert werden, wird oft eine ausländische Einmischung in die Innenpolitik vermutet.

Vor diesem Hintergrund bemüht sich die RLS um einen möglichst breiten Dialog mit unterschiedlichsten Partnern, die sich in Nichtregierungsorganisationen, an Hochschulen, und in Denkfabriken für ihre Anliegen einsetzen, sich auf lokaler und kommunaler Ebene in Entscheidungsprozesse einbringen wollen oder in losen Zusammenschlüssen um Freiräume kämpfen. Die thematischen Schwerpunkte sind:

■ Zivilgesellschaft und Urbanität. Hier geht es darum, Vorschläge zur Gestaltung geschlechtergerechter, barrierefreier, transkultureller urbaner Räume zu entwickeln, vor allem auch außerhalb der großen Metropolen.

■ Nachhaltige Entwicklung und regionale Integration. Im Mittelpunkt stehen die Verständigung zu überregionalen Problemlagen und die Suche nach alternativen Konzepten von Sicherheit und Stabilität.

■ Historisches Bewusstsein und politische Toleranz. Junge Menschen aus Ost und West diskutieren Schlüsselmomente der neueren europäischen Geschichte, spüren aus Geschichtsmythen gespeisten Verständigungsdefiziten nach und tragen damit zum Abbau negativer Wahrnehmungsmuster im Umgang miteinander bei.

## IN OSTMITTELEUROPA

starteten die ersten Projekte im Jahr 2001. Seit Mai 2003 ist die Stiftung mit einem eigenen Büro in Warschau präsent, das alle Aktivitäten in dieser Region koordiniert.

In Ostmitteleuropa ist die Phase der «Transition» im Prinzip abgeschlossen: Nach 1989 gingen diese Länder den Weg der parlamentarischen Demokratie mit Mehrparteiensystem und Rechtsstaatlichkeit. Ihre Verfassungen garantieren die Freiheit der Meinungsäußerung, der Versammlung und der Vereinigung. Der Übergang von der staatlichen Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft ist von einer überwiegenden Bevölkerungsmehrheit grundsätzlich akzeptiert worden, ebenso wie die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der Nato.

Aber selbst unter Befürwortern dieser Grundsätze sind kritische Stimmen, Fragen nach dem Zustand und der Perspektive ihrer Gesellschaften und Europas zu vernehmen: Erschöpft sich die europäische Vision in wirtschaftlicher Integration mit gemeinsamer Währung? Wird nicht zumindest genauso ein demokratisches und soziales Projekt Europa gebraucht? Ist die EU mit ihren Standards eigentlich schon bei ihren neuen Mitgliedern angekommen, was Arbeitnehmerrechte, Gleichstellung von Frauen, Nichtdiskri-



minierung von Minderheiten anbelangt? Waren die sozialen Kosten der Transformation in Form von Arbeitslosigkeit und neuen Ungleichheiten nicht zu hoch? Ist die Privatisierung nicht nur der Wirtschaft, sondern zunehmend auch der sozialen Sicherungssysteme wirklich alternativlos? Gibt es nicht zu wenig innovative sicherheitspolitische Überlegungen?

Zu selten werden solche Fragen an die Politik gestellt. Viele haben das Gefühl, Politik würde über ihre Köpfe hinweg betrieben und vor allem wirtschaftlichen Interessen dienen, erst recht, wenn Politik und Wirtschaft finanziell und personell allzu eng miteinander verquickt sind. Zu oft stünden zudem statt aktueller Probleme Fragen der Vergangenheit im Mittelpunkt des Parteienstreits, worunter die politische Kultur Schaden nehme. Die Politikmüdigkeit vieler, eine verbreitete Desillusionierung über Politiker und politische Institutionen hemmt die aktive Beteiligung am politischen Leben. Populisten drohen dieses Vakuum zu füllen. Neben Politikern – und natürlich Brüssel – wird von radikalen Kräften nicht selten Minderheiten die Schuld an Problemen gegeben: Roma, Juden, Homosexuellen.

■ Nicht zuletzt hier zeigt sich die Notwendigkeit einer starken Zivilgesellschaft und einer starken demokratischen Linken, die immun dagegen ist, aus Angst vor Verlust von Wählerstimmen auf diesen gefährlichen Zug aus Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie und Nationalismus aufzuspringen. Wir unterstützen politisches Engagement junger Menschen, die diesem Rechtstrend entgegensteuern wollen, die sich aktiv für ihre Interessen und die Rechte von gesellschaftlichen Minderheiten einsetzen und Toleranz praktizieren.

■ Die politische Linke ist sehr fragmentiert. Parteien links von der Sozialdemokratie finden bei Wahlen in der Regel wenig Zuspruch. Kapitalismuskritische Linke mit Kompetenz für fundierte Analyse sind oft «Einzelkämpfer». NGOs, in denen sich Menschen aus unterschiedlichen Milieus gemeinsam für Demokratie oder Umweltschutz engagieren, sind zwar mitunter durchaus einflussreich, haben aber zumeist nur wenige oder passive Mitglieder. Netzwerke zwischen ihnen sind schwach entwickelt. Wir wollen ihnen Räume für Dialog und Vernetzung bieten.



■ Die klassische Organisation für den Schutz von Arbeitnehmerinteressen, die Gewerkschaften, sind oft zersplittert, leiden unter Vertrauensverlust, sind nicht selten stark auf Gruppeninteressen fokussiert oder in privaten Unternehmen gar nicht mehr existent. So gehört ausgerechnet Polen heute zu den EU-Ländern mit dem geringsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad. Wir unterstützen Bemühungen, sich auf gemeinsame, gewerkschaftsübergreifende Standpunkte zu wichtigen Fragen zu verständigen und die Gewerkschaftsarbeit zu professionalisieren.

■ Tradition in der Linken hat das Eintreten für die Rechte von Frauen. Formell den Männern gleichgestellt, müssen Frauen dennoch erfahren, dass gleiche Arbeit nicht unbedingt gleicher Lohn bedeutet, dass sie in Entscheidungspositionen in der Politik kaum vertreten sind, dass das Recht auf Selbstbestimmung über ihren Körper keineswegs so, wie in der EU allgemein üblich, geregelt ist. Wir ermutigen Frauen, sich für eine aktive Teilhabe an der Politik einzusetzen, damit sie ihre Interessen wirksamer vertreten können.

■ Homosexualität ist – insbesondere in katholisch geprägten Ländern – oft noch immer ein Tabu. Diffamierung und Diskriminierung von Schwulen und Lesben im Alltag sind weit verbreitet. Politiker beteiligen sich gar an homophoben Aufmärschen – in den meisten Ländern Europas undenkbar. Wir helfen der LGBT-Community, von der Politik europäische Rechtsstandards einzufordern, dafür ihre Kompetenz zu stärken und Verbündete zu finden.

## IN SÜDOSTEUROPA

begann die Arbeit der Stiftung im Jahre 2002 mit zwei Projekten in Bosnien-Herzegowina. Seit 2009 kooperieren wir auch mit Partnerorganisationen in Serbien, Mazedonien und Bulgarien. Eine Ausdehnung der Aktivitäten auf weitere Länder der Region ist geplant. Seit Anfang 2010 werden die Projekte in Südosteuropa von einem RLS-Büro in Belgrad koordiniert.

Die politische Lage in der Region ist widersprüchlich: Einerseits sind seit dem Ende der Kriege im ehemaligen Jugoslawien bereits zehn Jahre vergangen, in denen die Gesellschaften viele Fortschritte gemacht haben. Die bewaffneten Konflikte konnten beendet werden. Die Gesellschaften sind heute offener und partizipativer als in den neunziger Jahren. Die Zusammenarbeit in der Region hat sich verbessert. Die Europäische Union hat die Schranken des Visumsregimes wesentlich gelockert. Die europäische Integration der Region ist vorangekommen.

Andererseits bleibt die politische und wirtschaftliche Lage außerordentlich schwierig. Fast überall verfügt hier – trotz aller Fortschritte – eine Mischung aus nationalistischen, neoliberalen und klerikalen politischen Kräften und Ideologien über eine gesellschaftliche Hegemonie. Die Kriege der neunziger Jahre haben nicht nur über hunderttausend Menschenleben gekostet und viele Hunderttausende zu Flüchtlingen gemacht. Sie haben auch weite Teile der wirtschaftlichen Infrastruktur zerstört.

Unter dem Stichwort der «Transition» wurden in den vergangenen Jahren neoliberale Politikmodelle durchgesetzt, welche auf vielen Ebenen die wirtschaftliche Peripherisierung der Region und die soziale Desintegration der Gesellschaften weiter verschärfen. Die Durchschnittslöhne in Ländern wie Bosnien-Herzegowina, Serbien, Mazedonien liegen bei etwas über 300 Euro im Monat. Etwa die Hälfte der Erwerbsbevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt. Beschäftigte sind oft völlig rechtlos. Nicht selten werden Löhne monatelang nicht ausbezahlt. Die staatlichen Gesundheits- und Bildungssysteme sind unterfinanziert und marode. Korruption und Machtmissbrauch sind weit

verbreitet. Die Menschen können ihre gesetzlich garantierten Rechte oft nicht wahrnehmen, weil das Justizsystem und die staatlichen Institutionen nicht funktionieren. Der tägliche Überlebenskampf der Menschen fördert eher Konkurrenz als Solidarität.

Obwohl soziale Probleme heute im Vordergrund stehen, sind auch die unmittelbaren Kriegsfolgen noch nicht überwunden. Noch immer warten viele Tausend Flüchtlinge auf die Rückkehr in ihre Heimat, die oft aus politischen Gründen blockiert wird. Rückkehrende müssen an vielen Orten noch immer Angst vor Übergriffen haben, da nationalistische Gruppen nach wie vor über ein erhebliches Drohpotential verfügen. In manchen Ländern, vor allem in Bosnien-Herzegowina und Kosovo, ist die Gesellschaft weiterhin ethnisch segregiert. Teilweise nimmt der Trend der ethnischen Spaltung sogar zu. Tendenzen der Re-Traditionalisierung und Klerikalisierung des öffentlichen und privaten Lebens sind unübersehbar. Diese Tendenzen richten sich dabei nicht nur gegen das multiethnische Zusammenleben, sondern auch gegen die Emanzipation von Frauen oder die Rechte sexueller Minderheiten. Die nachwachsende Generation kennt die Erfahrung des multinationalen Zusammenlebens im sozialistischen Jugoslawien nicht mehr und ist vom Krieg und seinen Folgen geprägt.

Unter diesen Bedingungen ist das Engagement für eine sozial gerechte und demokratische Gesellschaft sowie für



die Emanzipation von Frauen und besonders diskriminierte Gruppen, wie die Roma, eine große Herausforderung. Die demokratische Linke in der Region ist isoliert. Gewerkschaften sind schwach und zersplittert. Progressive soziale Bewegungen bestehen nur in Ansätzen. An den Universitäten dominieren neoliberal und konservativ orientierte Kräfte. Kritische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaft sind oft nur außerhalb des offiziellen Universitätsbetriebs möglich.

Vor diesem Hintergrund haben wir gemeinsam mit unseren Partnern in der Region die uns wichtigen Themen der politischen Bildungsarbeit definiert:

■ Die Überwindung von ethnischer Segregation im Schulsystem in Bosnien-Herzegowina, einem Staat, in dem am Beginn des 21. Jahrhunderts Lernende unterschiedlicher Ethnizität meist getrennt unterrichtet werden.

■ Die politische und ökonomische Gleichberechtigung von Frauen, die besonders betroffen sind vom gegenwärtigen Trend der Retraditionalisierung der Gesellschaft.

■ Die Ermutigung von Jugendlichen, sich für ihre demokratischen Rechte und gegen Faschismus, Rassismus und Geschichtsrevisionismus zu engagieren.

■ Die Unterstützung von Gewerkschaften und politischen Basisgruppen, die für soziale Gerechtigkeit und die Rechte von Beschäftigten eintreten.

Wir wollen zur Vernetzung von linksorientierten Initiativen und Organisationen über Ländergrenzen und ideologische Gräben hinweg beitragen, die kritische Aufarbeitung der Geschichte der Linken in der Region befördern und zugleich Räume für wissenschaftliche Diskussionen und für die Neudefinierung einer zeitgemäßen linksorientierten Politik und Praxis öffnen.

## **ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

### **IN BERLIN**

#### **REFERATSLEITER**

**IVO GEORGIEV**

Telefon : +49 30 44310-446 · [georgiev@rosalux.de](mailto:georgiev@rosalux.de)

#### **OSTEUROPA**

**TIINA FAHRNI**

Telefon : +49 30 44310-450 · [fahrni@rosalux.de](mailto:fahrni@rosalux.de)

#### **OSTMITTELEUROPA**

**MICHAEL GLASS**

Telefon : +49 30 44310-439 · [glass@rosalux.de](mailto:glass@rosalux.de)

#### **SÜDOSTEUROPA**

**DORIT RIETHMÜLLER**

Telefon : +49 30 44310-414 · [riethmueller@rosalux.de](mailto:riethmueller@rosalux.de)

### **IN MOSKAU**

**PETER LINKE**

Telefon : +7 495 436 0122 · [rlsinfo@rosalux.ru](mailto:rlsinfo@rosalux.ru)  
[www.rosalux.ru](http://www.rosalux.ru)

### **IN WARSCHAU**

**DR. JOANNA GWIAZDECKA**

Telefon: +48 22 5023550 · [gwiadzdecka@rls.pl](mailto:gwiadzdecka@rls.pl)  
[www.rls.pl](http://www.rls.pl)

### **IN BELGRAD**

**BORIS KANZLEITER**

Telefon: +381 11 3283071 · [info@rosalux.rs](mailto:info@rosalux.rs)  
[www.rosalux.rs](http://www.rosalux.rs)

Weitere Informationen unter:

[www.rosalux.de/internationale-politik/thema/osteuropa](http://www.rosalux.de/internationale-politik/thema/osteuropa)  
und im Newsletter OSTEUROPANACHRICHTEN  
auf unserer Website.